

# Alle Deponiestandorte bleiben

Der Kantonsrat hat den Richtplan nach zweitägiger Beratung gestern Nacht mit grossem Mehr unter Dach und Fach gebracht. An den Deponiestandorten wurde nichts geändert.

ZÜRICH – «Ziemlich zufrieden» mit dem Plan zeigte sich in der Schlussrunde Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegraben). Auch Carmen Walker Späh (FDP, Zürich) wertete das Resultat positiv, während Eva Torp (SP, Hedingen) das Ergebnis als «Abbild der bürgerlichen Mehrheit» und als «visionären Stillstand» kommentierte. «Als genügend, aber nicht gut genug» bezeichnete Françoise Okopnik (Grüne, Zürich) den Plan. CVP-Vertreter Josef Wiederkehr (Dietikon) bezeichnete sich als «hochzufrieden», und Thomas Ziegler (EVP, Elgg) sprach von einem «brauchbaren Kompromiss». Mit 157:1 (Grüner) passierte in der Schlussabstimmung der Plan, der noch vom Bund genehmigt werden muss, aber sonst nicht mehr verändert werden kann.

An der Liste der Deponiestandorte änderte der Kantonsrat trotz ausgiebigen Diskussionen nichts. Sämtliche Minderheitsanträge zu Streichungen wurden deutlich abgelehnt. Heiss diskutiert der Rat unter anderem den Standort Ruchegg in Wiesendangen. Thomas Ziegler (EVP, Elgg) schlug vor, die Deponie für stabile Bauabfälle (Inertstoffe) um bis zu 20 Prozent zu verkleinern. Damit sei es möglich, den Mindestabstand vor allem auch zu Rickenbach einzuhalten, was sonst nicht der Fall sei. Martin Geilinger (Grüne, Winterthur) bat den Rat, wenigstens in diesem Fall ein «kleines Zeichen» zu setzen. Weil der Abstand nicht stimmt, sagte auch die SP Ja zur Verkleinerung. Doch davon wollte Hansjörg Schmid (SVP, Dinhard) und mit ihm die Mehrheit im Rat nichts wissen. «Die Verkleinerung löst kein Problem», sagte Schmid. Zudem liege die Autobahn zwischen der Deponie und der Siedlung. Regierungsrat Kägi warnte, eine verkleinerte Deponie sei schwierig zu bewirtschaften, weil sie höher würde. Mit 88:76 verwarf der Rat den Antrag.

Bevor im Detail diskutiert wurde, appellierte Baudirektor Markus Kägi

an die Regionalvertreter im Kantonsrat, Sankt Florian auszusperrten und keinen der Streichungsanträge für Deponiestandorte zu unterstützen. Denn wo einer gestrichen werde, gehe dies zulasten einer anderen Region. Harsch kritisiert wurde Kägi von den Grünen für seine Deponiepolitik. Der Kantonsplan plane auf 100 Jahre hinaus, dabei würden 25 Jahre genügen, sagte Martin Geilinger (Winterthur). Er verglich Kägi mit einem Käseverkäufer, der «es bitzeli mee» verkaufen will. Ein bisschen mehr sei ja in Ordnung, aber: «Sie wollen das Zweieinhalbfache mehr», sagte Geilinger. Selbst wenn diverse Deponien gestrichen würden, reiche der Platz noch immer für 60 Jahre.

Die Kritik der SP ging in die gleiche Richtung. Im Vorfeld hatte sie versucht, in jeder Region einen Standort zu streichen, wie Monika Spring (Zürich) ausführte. Gegen jegliche Streichabsichten wandte sich die SVP, da sowieso nur ein Drittel der Standorte realisiert werde.

Trotz Kägis Bitte, die Regionalinteressen zurückzustellen, meldeten sich deren Vertreter zahlreich zu Wort. So wandte sich Gemeindepräsident Jörg Kündig (FDP, Gossau) gegen die Massierung der Standorte im Oberland. Er befürchtet dort zusätzlichen Lastwagenverkehr. Martin Farner (FDP, Oberstammheim) deponierte seinen Protest dagegen, dass es die Kommission nicht für nötig befunden hatte, die Gemeinde Henggart über einen neuen Standort zu informieren. «Das ist eine Frechheit», sagte er und fügte hinzu: «Das Weinland darf nicht zur Abfallhalde des Kantons werden.»

THOMAS SCHRANER

## Debatte zu Biogas, Leitungen und Handyantennen

Sollen Hochspannungsleitungen möglichst unterirdisch geführt werden? Ja, findet die SP. Die Grünen hingegen sind der Meinung, sie müssten nicht nur unter den Boden, sondern dürften nur unter Strassen verlaufen. Da im Rat beide Anträge scheiterten, gilt nun das, was die Kommission festgesetzt hat: In Siedlungen sollen die Leitungen in der Regel unterirdisch verlaufen.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) wollte erreichen, dass für

grosse Biogasanlagen die kantonale Bewilligungspflicht entfällt. Ruedi Lais (SP, Wallisellen) widersprach. Dies führe zu Gewerbebezonen mitten in der Landschaft. Der Rat lehnte den Antrag ab, der nur von der GLP und der EDU unterstützt wurde.

Einstimmig angenommen wurde hingegen ein Antrag von SVP-Fraktionschef Hans Frei (Regensdorf). Er verlangte namens der Bauern eine vereinfachte Planungspflicht für Anlagen (unter 5000 Tonnen) zur Be-

handlung von organischen Abfällen. Abgelehnt wurde der Antrag von SVP und FDP zu Mobilfunkantennen. Die beiden Parteien wollten verhindern, dass Mobilfunkfirmen sich verpflichten müssen, gemeinsam Standorte zu nutzen. Die Konzentration könne zu übermässiger Strahlenbelastung führen. Die anderen Parteien hatten aber kein Verständnis. «Die Betreiber buhlen um Standorte, ohne sich zu ordinieren», sagte Eva Torp (SP, Hedingen). (red)

## Parteien in Illnau-Effretikon bringen sich in Position

Die CVP will ihre Sitze im Parlament verteidigen, die FDP einen dazugewinnen und die BDP überhaupt erst in die Legislative einziehen.

ILLNAU-EFFRETIKON – Die Illnau-Effretiker Parteien FDP, CVP und BDP haben ihre Kandidaten für die Gemeinderatswahlen im Frühjahr 2010 nominiert. Die FDP will ihre fünf Sitze mit Ruth Hildebrand, Peter Stiefel, Martin Hasenfratz, Ursi Blatter und Thomas Enggist verteidigen sowie einen zusätzlichen Sitz gewinnen. Ins Rennen steigt zudem Stephan Thalmann, der heute für die Jungliberalen im Rat politisiert und altershalber zur FDP wechselt. Neben den eigenen Stadträten André Bättig und Erika Klossner (beide bisher) unterstützt die Partei den neu kandidierenden Jungliberalen Philipp Wespi.

Die CVP schickt fünf Kandidaten ins Rennen für den Gemeinderat. Das Ziel der Partei ist es, ihre drei Sitze zu behalten, wie sie in einem Communiqué mitteilt. Angeführt wird die Liste von den Bisherigen Ruth Zubek und Markus Hürzeler. Neu kandidieren Robert Wattinger, Beat Lanter und Marcel Fleischli. Christoph Mühlebach tritt nicht mehr zur Wahl an. Bei den Stadtratswahlen hat sich die CVP ebenfalls zur Unterstützung von Wespi entschieden. Zudem empfiehlt sie die SP-Kandidatin Salome Wyss (neu) zur Wahl. «Die CVP ist der Meinung, dass die SP ihren dritten Sitz behalten soll», hält die Partei fest.

Auf der Liste der BDP figurieren zehn Kandidaten. Ziel der Partei ist es, mit drei Kandidaten ins Parlament einzuziehen. Auf den obersten vier Listenplätzen vertreten sind Hans-Jürg Gehri (kandidiert auch für den Stadtrat), Danny Schlumpf, Rebekka



etwa FDP-Kantonsrat Thomas Vogel (Illnau-Effretikon) mit Blick auf die Kiesgrube in Lindau. Von Einträgen sei praktisch immer jemand betroffen. Und Thomas Ziegler (EVP, Elgg) spricht mit Bezug auf die Wiesendanger Deponie von einer «Opfersymmetrie». Für Ziegler spielt auch die Taktik eine Rolle: «Totalopposition wäre kontraproduktiv gewesen.» Mit Ideen, wie das Gebiet verkleinert oder besser erschlossen werden könnte, lässt sich mehr herausholen, lautet das Kalkül.

Die Gemeinden bekamen die verzwickte Lage der Kantonsräte zu spüren. Die Suche nach einem Politiker, der einen Streichungsantrag zur Kiesgrube stellt, sei sehr zäh gewesen, sagt

In der Pfungmer Deponie Brunl werden Baumaterialien abgelagert. Nun entscheidet der Kantonsrat über ähnliche Deponien in der Region Winterthur. Bild: Stefan Schaufelberger

der Lindauer Gemeindeschreiber Viktor Ledermann. Erst im letzten Moment rang sich Ueli Annen (SP, Illnau-Effretikon) zu einem Antrag durch.

Der Regierungsrat will genügend Landreserven für den Kiesabbau und die Abfallentsorgung der nächsten Jahrzehnte schaffen. Bei den Abfällen handelt es sich um stabile Bauabfälle (Inertstoffe) und nicht um Material, das in der Grube weitergärt. Solche Gruben will der Kanton ab 2012 nicht mehr zulassen. **RETO FLURY**

## Henggart hat schlechte Karten

**HENGGAART** – Walter Wipf staunte nicht schlecht, als er im September zur geplanten Deponie in Henggart Stellung nehmen sollte. Der Gemeindepräsident wusste von nichts. Konnte er auch nicht. Denn die Kommission für Planung und Bau (KPB), die den Richtplan für den Kantonsrat vorbereitet hatte, schlug den Standort beim Schiessstand (1) vor, ohne Henggart vorher informiert zu haben. Der ursprüngliche Standort Fuchsbühl (2) ist jetzt nur noch zweite Wahl. In Neftenbach hatten sich Hüniker Anwohner und Gemeinde gewehrt. Die Deponie



wäre 7 Hektaren gross und hätte ein Volumen von 700 000 Kubikmetern.

Henggart habe bei der Kommission sofort protestiert, sagt Gemeindepräsident Wipf. «Unser Recht auf Gehör wurde verletzt.» Zudem spreche einiges gegen eine Deponie beim Schiessstand. Sie würde etwa einen Wildwechsel über die Weinlandautobahn unterbrechen. Und: «Wir möchten der Landschaft auch in Zukunft Sorge tragen», sagt Wipf. Im Rafzerfeld gebe es noch genug Gruben, die aufgefüllt werden können. Die KPB sieht dagegen vor allem Vorteile: dass die Deponie abgeschirmt im Wald liegt und mit Lastwagen von der Autobahn her gut erreicht werden kann.

Hat der Protest etwas bewirkt? Nein. «Der Empfang des Schreibens wurde bestätigt. Immerhin», sagt Wipf. Dass der Standort gekippt wird, ist unwahrscheinlich. Kantonsrat Martin Farner (FDP, Oberstammheim) will sich in der Sitzung zur Geschichte äussern. «So geht man in einer Direkten Demokratie nicht mit Bürgern und Behörden um», sagt er. Ob der Standort gut oder schlecht gewählt ist, darüber lasse sich streiten. **(flu)**

## Wiesendangen: Wie gross wird die Deponie Ruchegg?

**WIESENDANGEN** – «Wir haben keine grosse Hoffnung mehr», sagt Gemeindeschreiber Hans-Peter Höhener. Die Gemeinde musste einsehen, dass der Kantonsrat das Gebiet Ruchegg als Deponiestandort vorgesehen wird. Trotz des Fact-Sheets und des Infomails, das Wiesendangen kürzlich an alle Kantonsräte von Winterthur Stadt und Land versandt hat. «Wir hoffen nun, dass wenigstens der 300-Meter-Abstand eingehalten wird», sagt Höhener.

Der Abstand ist der wunde Punkt des Standorts. Mindestens 300 Meter sollte eine Deponie vom Siedlungsrand entfernt sein. Diese Regel hatte sich der Kanton selber auferlegt. Die Deponie Ruchegg würde sie verletzen, wenn sie nach den Massen des Regierungsrats gebaut würde (10

Hektaren Fläche, 850 000 Kubikmeter Volumen). Weil zwischen Standort und Dorfrand die Autobahn verläuft, stimmte die vorberatende Kommission dennoch zu.

Vielleicht wird die Deponie aber nicht ganz so gross. EVP-Kantonsrat Thomas Ziegler aus Elgg will sie verkleinern (8 Hektaren, 750 000 Kubikmeter). Damit lässt sich der 300-Meter-Abstand annähernd einhalten, ist er überzeugt. Grüne, SP und Grünliberale sagten ihm ihre Hilfe zu. Einzelne Politikerinnen oder Politiker aus andern Fraktionen dürften dazukommen. Ob dies am Ende reichen wird, ist allerdings fraglich.

Hingegen dürfte unbestritten sein, dass die Lastwagen nicht durch Wiesendangen donnern dürfen. Dafür hatte Ziegler in der Kommission



geweibelt, andere Parlamentarier machten sich in ihrer Fraktion dafür stark. Aber eine gänzliche Streichung ist kein Thema. Ein solcher Einzelantrag wäre völlig aussichtslos, sagt Bernhard Egg (SP, Elgg). **(flu)**

## Schwacher Hoffnungsschimmer für Tagelswangen

**LINDAU** – Im allerletzten Moment ist doch noch einer eingesprungen: Kantonsrat Ueli Annen (SP, Illnau-Effretikon) will im Parlament aufstehen und die geplante Kiesgrube in Tagelswangen kippen. Er hat sich, gemäss eigenem Bekunden, nach längerem Zögern dazu entschlossen.

Lange sah es so aus, als könnten die Gemeinde Lindau und die Anwohner in Tagelswangen niemanden finden, der sich im Kantonsrat gegen die Kiesgrube starkmacht, und als habe das ganze Lobbying plus die verteilten Plastiksäckli Kies nichts genützt. Die Frischbeton- und Baustoffe AG (FBB) aus Hinwil möchte südlich von Tagelswangen jährlich rund 80 000 Kubikmeter Kies abbauen. Der Perimeter wurde von

der vorberatenden Kommission verkleinert. Dennoch wehren sich die Gemeinde und die Anwohner, die lokale Firma Micronel AG fürchtet



um die Qualität ihrer High-End-Produkte («Landbote» vom 29. Oktober). Grund: Staub und Erschütterungen infolge Lastwagenverkehr.

Die Befürworter halten dem entgegen, dass das Material zwingend per Bahn abtransportiert werden müsste. Der Kiesabbau sei deshalb auch ökologisch sinnvoll. Nur: Die SBB können den Bahnanschluss nur bis 2016 garantieren. Falls der Brüttener Tunnel nicht gebaut wird, behalten sie sich vor, das Nadelöhr Hurlistein bei Illnau-Effretikon auf bis zu fünf Spuren zu erweitern, und bräuchten daher den Platz. Ueli Annen sagt: «Wenn man den Bahntransport als praktisch unrealisierbar betrachtet, sollte man den Eintrag ehrlicherweise gar nicht machen.» **(flu)**